„Der Courier"
Ein Organ deutschsprechender Canadier.
Erscheint jeden Mittwoch.
Herausgegeben von der
"WESTERN PRINTERS' ASSOCIATION, LIMITED"
J. W. Ehmann,
Geschäftsführender Direktor.
Bernhard Bott, Redakteur.
Geschäftslokal: — 1835-1837 Halifax Straße, Regina, Sask.
Telephon 3391
Abonnementspreis (im voraus zahlbar):
Mittwochausgabe, 12—32 Seiten stark.
Für Canada: Ein Jahr, $2.50; sechs Monate, $1.25; drei Monate 75c; ein Monat, 35c.
Für's Ausland: Ein Jahr, $3.50; sechs Monate, $2.00; drei Monate, $1.00; ein Monat, 50c.
Reklame kosten 75c per Zoll einspaltig. Bei größeren Kontrakten entsprechender Rabatt.
Kleine Anzeigen wie „Zu verkaufen", „Gesucht", usw.:
Für jede Anzeige 1 Zoll einspaltig 75c; für jede weitere Insertion 50c.
Für jede Anzeige 2 Zoll einspaltig $1.25; für jede weitere Insertion 60c.

Canadisches Budget und Stabilität der Regierung

Nach den letzten Dominionwahlen machte das politische Gesamtbild auf den vorurteilsfreien Zuschauer einen ziemlich ungünstigen Eindruck. Keine Partei verfügte über eine absolute Mehrheit im Unterhaus. Liberale Minister waren in verschiedenen Wahlkreisen unterlegen. Die konservative Opposition ließ alle Minen springen, um das Fundament der King-Regierung zu sprengen. Wohl errang das Kabinett bei mehreren Abstimmungen nach Eröffnung des Parlaments knappe Mehrheiten, aber von einer Stabilität konnte noch keine Rede sein.

Erst das von Finanzminister Robb eingebrachte Budget, das wir im „Courier" sofort nach Bekanntwerden als eine Großtat bezeichneten, hat die Situation geklärt. Trotz kleiner Meinungsverschiedenheiten zwischen den Liberalen und den anderen Regierungsanhängern, wie sie ab und zu in den Parlamentsdebatten zum Vorschein kamen, hat sich bei der Abstimmung doch die feste Geschlossenheit der Nichtkonservativen, von den Liberalen bis zu den Unabhängigen und Arbeitervertretern, geoffenbart. Alle von Torysseite unternommenen taktischen Manöver, welche darauf abzielten, zwischen Liberale und Progressive einen Keil hineinzutreiben und sogar Zwietracht in den liberalen Reihen selbst durch Schaffung künstlicher Differenzen zwischen Quebec und dem Westen heraufzubeschwören, haben sich als ein Schlag ins Wasser erwiesen.

Man kann heute ohne Uebertreibung aussprechen, daß die liberal-progressive Einheitsfront in den Budgetdebatten der letzten Wochen die Feuerprobe bestanden hat und gestählt aus dem Kampfe hervorgeht. Man mag parteipolitisch stehen, wie man will, so muß man diese Tatsache im Interesse des Landes und nicht zuletzt im Interesse des Westens begrüßen. Denn wenn die Unsicherheit der ersten Wochen nach den Wahlen zu einem dauernden Zustand geworden wäre, wenn es nicht gelungen wäre, eine Grundlage für eine stabile Regierung zu finden, ja hatte das bedenkliche Rückwirkungen auf ganz Canada geben müssen. Möge die Einsicht der verantwortlichen politischen Führer das Land vor einem Konflikt in den Reihen der Regierungsanhänger bewahren!

Existenzfrage für die Brauereien von Saskatchewan

Die Bierbrauereien von Saskatoon, Prince Albert, Moose Jaw und Regina veröffentlichen in dieser Courierausgabe bereits ihren zweiten offenen Brief an die Bevölkerung von Saskatchewan und werden weitere Kundgebungen dieser Art folgen lassen. Ohne Zweifel verdienen diese Aufrufe die aufmerksamste Beachtung; denn sie legen in klarer Weise einen für die Brauereiindustrie unhaltbaren Zustand dar. Sie öffnen uns die Augen für die Tatsache, daß etwa 65 Prozent unseres für Bier angelegten Geldes in die Taschen von Brauereien und Geldleuten fließen, welche ein Interesse daran haben, den wirtschaftlichen Aufstieg von Saskatchewan aber niederzuhalten als zu fördern. Obendrein verweigern Manitoba und Alberta aus selbstsüchtigen Gründen dem in Saskatchewan gebrauten Bier die Einfuhr, wodurch den hiesigen Brauereien bedeutende Einnahmequellen entzogen werden. Der Saskatchewan Liquor Board hingegen ist weitherzig genug, den in den beiden Nachbarprovinzen erzeugten Bieren freien Zugang zu den Alkoholläden von Saskatchewan zu gestatten. Dieser Zustand wird durch die Gleichgültigkeit der Bevölkerung, welche interesselos an den Brauereien ihrer eigenen Provinz vorübergeht, noch verschärft, obwohl diese bemüht sind, möglichst gute Getränke herzustellen. Es ist angesichts dieser Haltung wohl verständlich, daß die Brauereien von Saskatchewan einen schweren Kampf um ihre Existenz führen müssen und daß sie durch ihre offenen Briefe an die Einsicht der Bevölkerung appellieren.

Wir möchten diese Appelle in kräftigster Weise unterstützen und alle Biertrinker von Saskatchewan dringend ersuchen, einmal darüber nachzudenken, wie kurzsichtig es ist, wenn man seine Dollars den Brauereien von Manitoba und Alberta hinwirft, während man die einheimischen Betriebe durch ungenügende Unterstützung in eine schwierige Lage versetzt und so auch der wirtschaftlichen Entwicklung der Provinz Prügel zwischen die Beine wirft. Die offenen Briefe sollten alle anspornen, in Zukunft weit mehr als in der Vergangenheit den in Saskatchewan erzeugten Bieren den Vorzug zu geben und damit zur Entfaltung eines Gewerbes beizutragen, das in Saskatchewan ebenso Existenzberechtigung hat wie in den beiden Nachbarprovinzen.

Zum polnischen Staatsstreich

Wie in der letzten Ausgabe unseres Blattes berichtet, hat Pilsudski mit den ihm ergebenen Truppen die verfassungsmäßige polnische Regierung gestürzt und eine provisorische Regierung mit Professor Bartel als Premier eingesetzt. Aus dem Wust der sich zum Teil widersprechenden Nachrichten läßt sich von hier aus nur ein sehr unklares Bild von der tatsächlichen Lage gewinnen. Nur soviel scheint festzustehen, daß Polen eine der ernstesten Krisen seit seiner Neugründung durchmacht; denn die Herrschaft Pilsudskis und seines Anhanges ist keineswegs unbestritten. Große Teile des Landes lehnen den Staatsstreich ab und ergreifen die Partei der abgesetzten Witos-Regierung. Pilsudski bemüht sich um die Gunst der Kleinbauern, der völkischen Minderheiten und der Gegner des Bolschewismus. Den Bauern verspricht er die Zerschlagung des Großgrundbesitzes, den nationalen Minderheiten die Gewährung weitgehender Selbstverwaltung und den anderen die Fortsetzung des Kampfes gegen den Kommunismus.

Eine Meldung besagt: Es tritt immer deutlicher zutage, daß es für Marschall Pilsudski nicht leicht ist, eine wirksame Regierung als Nachfolgerin des gestürzten Witos-Kabinetts zu bilden. Soweit scheint das hervorragendste Moment der Sachlage das Fehlen eines bestimmten Programms zu sein.

„Was ist das Programm Ihrer Regierung?" frug ein Berichterstatter der Assoziierten Presse den amtierenden Ausland-minister August Zaleski.

Und die Antwort lautete: „Programm? Pilsudski ist das Programm in Person. Er stand mehrere Jahre an der Spitze des Staates und Jedermann kennt ihn. Seine hohen demokratischen und liberalen Prinzipien machen ihn zum festen Gegner irgend welcher Beschränkungen der persönlichen Freiheit. Er ist das Programm in Person."

Es herrscht ein offenkundiger Mangel an Einigkeit unter den Anhängern des Marschalls. Ja, selbst mehrere seiner Armeeoffiziere haben ihre Unzufriedenheit über ihn zum Ausdruck gebracht, und die verschiedenen politischen Parteien stellen ihre Sonderinteressen in den Vordergrund. Graf Skrzynski, zugestandenermaßen einer der stärksten Männer in öffentlichen Angelegenheiten, hat sich geweigert, den unter dem früheren Kabinett innegehabten Posten des Auslandministers zu übernehmen.

Unzufriedenheit herrscht darüber, daß Pilsudski es unterlassen hat, das Parlament aufzulösen, wie auch über die Tatsache, daß die Truppen, die der alten, von dem Marschall vertriebenen Regierung anhangen, noch immer nicht entwaffnet sind.

Graf Skrzynski vertritt die Auffassung, daß die Stellung des Marschalls als wirklicher Diktator noch nicht so weit befestigt ist, daß er, Skrzynski, in das Kabinett eintreten könne.

Die Frage, ob und wo die Wahl eines neuen Präsidenten stattfinden soll, steht im Vordergrund der Erörterungen durch die Führer der verschiedenen Parteien. In Krakau hat eine Konferenz von Mitgliedern der Parteien, welche hinter der Witos-Regierung standen, begonnen.

Die drei Rechtsparteien und die nationale Arbeiterpartei, die zusammen über 228 von den 555 Stimmen der beiden Häuser des Parlamentes verfügen, haben bereits Protest gegen Abhaltung der Präsidentenwahl in Warschau erhoben. Die gemäßigte Bauerngruppe zählt 65 Mitglieder. Sollte diese sich der Rechten anschließen, so muß die Wahl außerhalb Warschaus, entweder in Posen, oder, wie von einigen Nationalisten vorgeschlagen wird, im historischen königlichen Schlosse zu Krakau abgehalten werden.

Die Sozialisten und Radikalen haben sich von Pilsudski losgesagt, weil er ihren Forderungen nach Auflösung des Parlaments und Errichtung einer Diktatur unter seiner Leitung nicht nachkam. Sie bezeichnen jetzt die Revolution als unnötiges Blutvergießen.

Berliner Zeitungen melden, daß eine polnische Gegenregierung in Posen unter General Haller, der während des Weltkrieges in den Ver. Staaten die Polnische Legion organisierte, gebildet worden sei, nachdem Verhandlungen mit der Pilsudski-Regierung fehlgeschlagen waren.

Bereits hatten blutige Zusammenstöße mit beträchtlichen Verlusten zwischen den Truppen beider Parteien stattgefunden.

Die Streitkräfte General Hallers werden auf 27,000 Mann geschätzt. Sie sind in Lagern bei Lodz und Kalisch versammelt. Der Vormarsch zum Angriff auf Warschau soll bereits befohlen sein.

Die Polnische Telegraphenagentur meldete, daß alle Posener Regimenter, die kürzlich einen Vormarsch auf Warschau zur Bekämpfung Pilsudskis antraten, nach ihren Lagern zurückgekehrt seien.

Laut einer Meldung der Krakauer Zeitung „Kurjer Chodzilunen" wurde von den Fenstern des Geographischen Instituts in Warschau eine Salve auf Mannschaften des 38. Infanterieregiments gefeuert und eine Anzahl Soldaten verwundet. Pilsudski hat hierauf die Entwaffnung der Freiwilligen angeordnet.

General A. K. Ladrowski, den Pilsudski während der Kämpfe zum Kommissar für Warschau ernannt hatte, hat in der Polnischen Bank in Warschau 3,500,000 Zloty für Pilsudski beschlagnahmt.

Weltumschau

Deutschland.

Dr. Wilhelm Marx hat das ihm vom Reichspräsident von Hindenburg angetragene Kanzleramt angenommen. Er wird die meisten Mitglieder des bisherigen Luther-Kabinetts beibehalten. Dem Reichspräsident von Hindenburg hat er die Mitteilung gemacht, er gedenke die Politik des Luther-Kabinetts, besonders soweit die auswärtigen Angelegenheiten in Betracht kamen, weiter zu verfolgen. Dabei wird Dr. Marx möglichst enge Fühlung mit den Sozialisten zu nehmen versuchen. Dr. Johannes Bell vom Zentrum soll als Justizminister in das Kabinett einbezogen werden.

In einer Fraktionssitzung des Zentrums wurde der Sänger über die Uebernahme des Kanzleramtes durch Dr. Marx verhandelt. Später fand dann eine gemeinschaftliche Sitzung der Führer der Deutschen Volkspartei und jener des Zentrums statt. Nach längeren Beratungen kamen die Führer der beiden Parteien überein, einmal die sofortige Errichtung einer neuen Regierung sei eine dringliche Notwendigkeit, weshalb beide Parteien sich verpflichtet fühlten, dem Kabinett beizutreten, und sodann, die ausländischen Beziehungen verbessern zu helfen, die Bildung eines Kabinetts, das erwartlich auf eine Mehrheit im Reichstag rechnen könne. Endlich einigte man sich dahin, daß nur solche Parteien zur Beteiligung in der neuen Regierung berechtigt seien, welche die von früheren Kabinetten eingegangenen internationalen Abmachungen anzuerkennen gewillt seien.

Nach Schluß dieser Parteitagungen wurde Dr. Marx von seiner Partei, dem Zentrum, ersucht, das Kanzleramt anzunehmen. Dr. Marx begab sich ohne Verzug nach dem Präsidenten-Palais und wurde dort von Reichspräsident von Hindenburg persönlich für das Amt ernannt.

Dr. Marx steht im 63. Lebensjahre. Unter seiner Amtstätigkeit als Reichskanzler vom 1. Dezember 1923 bis 15. Januar 1925 fällt die Annahme des Dawes-Planes durch Deutschland. In der letzten Präsidentschaftswahl war er Gegenkandidat Hindenburgs.

Das Ministerium beschloß die Schaffung einer einheitlichen Reichsfahne. Die Frage, die zum Sturz von Luther führte, soll in einer Weise geregelt werden, daß der Streit zwischen Republikanern und Monarchisten beseitigt wird.

Das Marx-Kabinett hat eine nationale Urabstimmung über die Frage der entschädigungslosen Konfiskation des Eigentums früherer deutscher Fürsten auf den 20. Juni angeordnet. Die Mitglieder der Zentrumspartei sind von der Parteileitung angewiesen, sich in der Volksabstimmung vom 20. Juni der Beschlagnahme des Besitzes des früheren Kaisers und seiner Familie zu widersetzen. Nach Ansicht der Parteiführer des Zentrums sollte die Frage durch ein gerichtliches Verfahren geregelt werden.

Amerika, das lange Zeit den einzigen Geldmarkt bildete, der Deutschland offen stand, ist in letzter Zeit durch Großbritannien und Holland ersetzt worden. So lautet ein Bericht der Diskonto-Gesellschaft, eine der ersten Großbanken der Reichshauptstadt. Aus dem Bericht dieses Finanz-Instituts geht hervor, daß Deutschland seit dem 1. Januar Anleihen zum Gesamtbetrag von 2,650,000,000 Mark aufgenommen hat. Von dieser Summe wurden 1,980,000,000 im Ausland, die restierenden 670,000,000 Mark im Inland aufgebracht.

Bei einer Explosion in einer Pulverfabrik nahe Haßloch, Franken, wurden 20 Personen getötet. Von der großen Zahl der Verletzten kamen 30 in Krankenhäuser. Die Fabrik ist zerstört.

Rußland.

Wie die Sowjet-Nachrichtenagentur ankündigt, hat Sekretär Cook vom Verband der britischen Bergleute das Geldgeschenk der Sowjetbergleute zur Unterstützung der Streiker in England mit „tiefstem Dank" angenommen. Nach der Agentur hat Cook um sofortige Uebermittlung des Geldes nach England, weil die Not der Bergleute sehr groß sei.

Rumänien.

Der Kriegsminister sagt in einem Heeresbefehl, daß alle Anstrengungen der Bolschewiken, die Schlagfertigkeit des rumänischen Heeres zu schwächen, bisher erfreulicherweise mißlungen seien. Das beweise auch die kürzlich aufgedeckte großangelegte russische Spionage durch rumänische Offiziere und Soldaten; dabei sei festgestellt worden, daß es den Russen nur die Beschaffung wichtiger Pläne des Generalstabs und um die Erkundung der rumänischen Rüstungen ging. Die Offiziere und Soldaten, denen die Aufdeckung dieser Spionage zu verdanken ist, würden mit Auszeichnungen und Geld belohnt.

Frankreich.

Drei Engländer, welche im Dezember in Paris wegen Spionage verhaftet worden waren, wurden zu Gefängnisstrafen verurteilt. Das Gericht fand sie geheimer Machenschaften schuldig, um die Geheimdokumente Frankreichs über Marine- und Flugstationen zu erlangen. John Leather wurde zu drei Jahren Gefängnis und 3000 Francs Geldbuße verurteilt; Ernest Philips und William Fisher zu je zwei Jahren Gefängnis und 2000 Francs Geldbuße. Die beiden Französinnen, die ihnen Vorschub leisteten — Marthe Moreuille und Andee Lefevre — erhielten je 6 Monate Gefängnis.

Der Spionage-Fall rief im Dezember in Frankreich wie in England gewaltiges Aufsehen hervor. Zuerst wurde die Moreuille verhaftet, die Künstlermodell und Fallschirmspringerin ist, weil Leather, Philips und Fisher, drei frühere britische Offiziere, sie verwendet hatten, um bis ins Einzelne gehende Beschreibungen der französischen Flugzeuge, Motore und sonstiger Flugapparate zu erlangen und vor allem Flug-Erfindungen auszuspüren, welche sich noch im Stadium des Experiments befanden. Das britische Auswärtige Amt sollte natürlich in Abrede, daß es von dieser Spionagetätigkeit irgendwelche Kenntnis gehabt hatte, und selbst französische Flugsachverständige machten sich über das Spionage-Komplott lustig, indem sie darauf hinwiesen, daß der britische Attaché in Paris und der französische Attaché in London jederzeit sich über die Fortschritte des Flugwesens informieren konnten und Spionage daher unnötig sei. Die gerichtliche Verurteilung macht jeden Kommentar zu diesem Gerede überflüssig.

In ihrer letzten Tagung hat die Zentralkommission für die Rheinschiffahrt beschlossen, die durch Artikel 65 des Versailler Vertrages eingerichtete Uebergangsordnung der Häfen von Straßburg und Kehl bis zum 10. Juli 1928 unter der Bedingung zu verlängern, daß nach dem 1. Juni 1926 Ge in der Entscheidung näher bezeichneten Grundstücke von zusammen 160,000 Quadratfuß bei 660 Fuß Kai-länge geräumt werden sollen. Die anderen in Artikel 11 des Badener Abkommens vom 1. März 1920 angeführten Gelände, Anlagen und Einrichtungen verblieben bis 10. Juli 1928 in der französischen Zollzone. Die Rheinschiffahrts-Kommission entschied ferner, daß die deutsche Regierung, um den Verkehr zwischen den Direktoren der Häfen von Straßburg und Kehl mit der deutschen Verwaltung zu erleichtern, vom 10. Januar 1927 an für den Hafen von Kehl einen Vertreter ernennen kann, an den sich der französische Hafendirektor wenden wird. Diese Ernennung bedarf aber der Bestätigung durch die Zentralkommission für die Rheinschiffahrt.

Italien.

Nach nahezu einjährigem Studium hat das Kabinett das faschistische System zur Lösung der Frage der Klassenkämpfe gutgeheißen. Das System, welches als Todesurteil für Streiks und Arbeiterausschließungen gilt, wird von Premier Mussolini als der bedeutendste Beitrag seiner Regierung zur modernen Staatswissenschaft betrachtet. Das Grundprinzip dieses vielverwickelten Systems ist das Recht und die Gewalt des Staates, direkt das ganze produzierende Leben der Nation zu kontrollieren. „Kapital und Arbeit," heißt es in der Kabinettsentscheidung, „Handarbeit und Kopfarbeit stehen fortan dem Staate und seinen Lebensorganen nicht mehr feindlich gegenüber, sondern sind in den Staatsorganismus fest eingeschlossen." Die Hauptgrundlinien sind:

1. Antifaschistische Arbeitgeber, Gewerkschaften und sonstige Organisationen werden ihrer Macht beraubt.

2. Dreizehn Nationalverbände, die an Stelle der alten Gewerkschaften treten und alle Klassen von Arbeitern und Angestellten umschließen, werden geschaffen.

3. Drei Nationalföderationen werden als verbindende Glieder gebildet.

4. Eine der Zahl nach noch nicht festgesetzte Anzahl von Korporationen wird unter der Kontrolle des Ministeriums der Korporationen zur Kontrollierung der Vereinigung der Föderationen geschaffen.

5. Die staatlichen und Gemeindedienstarbeiter werden in besonderen Verbänden vereinigt.

6. Alle Arbeitsstreitigkeiten müssen Zwangsschiedsgerichten übertragen werden.

7. Spezialgerichte zur Beilegung von Arbeitsstreitigkeiten und ein neues Arbeitsgesetzbuch werden geschaffen.

8. Die Regierung behält sich das Recht vor, jederzeit „zum Schutze der nationalen Interessen" einzugreifen.

Wieder eine Abrüstungskomödie

Der deutsche Vertreter, Graf Bernstorff, verlangt Verbot der Verwendung von Kriegsflugzeugen, Giftgasen und schwerer Artillerie.

Dem vorbereitenden Abrüstungsausschuß, der zur Ausarbeitung eines Arbeitsprogramms für eine allenfallsige internationale Abrüstungskonferenz nach Genf einberufen wurde, gehören Vertreter von 20 Nationen, darunter die Ver. Staaten, an.

Jonkheer T. Loudon, der frühere Auslandminister der Niederlande, wurde zum Präsidenten gewählt. Paul Boncour von Frankreich, der von Lord Cecil für das Präsidentenamt vorgeschlagen worden war, lehnte ab, da seiner Ansicht nach der Vorsitz dem Vertreter einer Nation zufallen solle, für die die Frage einer Abrüstung nicht die große Bedeutung habe wie für Frankreich, am besten einem im Weltkriege neutral gebliebenen Staate.

Abrüstung zu Land, Wasser und in der Luft ist das Problem, das dieser internationalen Konferenz obliegt, die unter den Auspizien des Völkerbundes einberufen wurde und an der auch die Ver. Staaten teilnehmen. Nach Abschluß der Tätigkeit der Kommission werden die technischen Probleme Sachverständigen zum Studium überwiesen. Es ist möglich, daß die Kommission dann erst wieder nach der September-Tagung des Völkerbundes zusammentritt.

Vorsitzer der amerikanischen Delegation zur Kommission ist Hugh S. Gibson. Gesandter für die Schweiz, während Graf von Bernstorff, der frühere deutsche Botschafter für die Ver. Staaten, das Deutsche Reich vertritt.

Insgesamt zwanzig Länder sind in der Kommission vertreten. Rußland verweigerte seine Teilnahme, weil die Schweiz nach russischer Auffassung für die Ermordung des russischen Vertreters bei der Lausanner Konferenz, Worowski, nicht ausreichende Abbitte leistete.

Es heißt, daß als Folge des russisch-deutschen Vertrages Frankreich und dessen Verbündete die Befürchtung hegen, daß in einem neuen europäischen Konflikt die Deutschen mit den Russen zusammenhängen und daß sie deshalb die Auffassung vertreten, daß eine andere Sicherheitsgewähr, als sie der Locarno-Vertrag biete, geschaffen werden müsse, ehe an eine beträchtliche Verminderung der Verteidigungskräfte gedacht werden könne. Eine der Fragen, die einem Studium unterzogen werden sollen, ist die, ob eine Herabsetzung der Rüstungen durch die Versicherung herbeigeführt werden kann, daß, sowie ein Angriff erfolgt, sofort gegenseitige Unterstützung gewährt wurde.

Die amerikanischen Delegaten dürften die Auffassung vertreten, daß eine weitere Abrüstung zur See am besten in einer separaten Konferenz zwischen den befahrenden Mächten erzielt werden könne. Japan, Italien und Frankreich haben sich aber bereits gegen eine separate Flottenkonferenz ausgesprochen.

Brasilien hat den Plan einer freundschaftlichen Uebereinkunft zwischen den Ver. Staaten und dem Völkerbund unterbreitet, unter welchem eine Landabrüstungskonferenz in Europa und eine Flottenkonferenz in Washington abgehalten werden soll.

Es herrscht die Ansicht, daß mehrere Länder der Vorarbeit der Kommission keine erstere Bedeutung zumessen infolge der unheilschwangeren europäischen Lage.

Deutschland machte bestimmte Vorschläge, um die Verwendung von Flugzeugen und Giftgas im Krieg zu verbieten und schwere Artillerie sowie Tanks auszuschalten. Graf Bernstorff beantwortete Hinweise auf Deutschlands industrielle Stärke, die in Rechnung gezogen werden müsse, wenn von Nachbarn des Reiches verlangt werde, sich zu entwaffnen. „Ich will keine Erinnerungen an die Vergangenheit wachrufen," sagte Graf Bernstorff. „Die Geschichte hat jedoch die Unmöglichkeit gezeigt, unsere industrielle Ausrüstung in Kriegsbetriebe umzuwandeln, hauptsächlich deshalb, weil unsere Fabriken der Grenze so nahe liegen, daß sie schon bei Ausbruch eines Krieges zerstört werden könnten." Bernstorff beschwerte sich darüber, daß verschiedene Delegierte anscheinend eher Gründe zu finden suchen, warum die Völker nicht abrüsten sollten, als für das Gegenteil. Die Errichtung des Völkerbundes habe die Weltlage völlig geändert. Denn jetzt können Kriege nur zwischen der Liga und einem angreifenden Staat vorkommen. Er klagte auch darüber, daß der Versailler Vertrag Deutschland eine Verteidigung gegen Angriffe durch Aeroplane verbietet. Der Wunsch mancher Länder, Sicherheit zu haben, weil Deutschland keine hat, lasse sich verstehen. Bernstorff mahnte zu einer Beschränkung der Rüstungen, damit die Welt nicht tief enttäuscht werde und das Ansehen der Liga nicht leide.

Jugoslavien.

Das am 30. April rekonstruierte Kabinett des jugoslavischen Ministerpräsidenten Uzunovitch hat resigniert. Das Ministerium stützte über die Frage der Organisierung eines parlamentarischen Komitees zur Untersuchung angeblicher Korruption in der Regierung.

Litauen.

Polnisch-schlesische Zeitungen melden, daß litauische Truppen die Grenze unweit Wilna überschritten haben, um das Wilna-Gebiet, welches Polen seinerzeit gewaltsam in Besitz genommen hat, jetzt zurückzuerobern. Der Aufstand des Marschalls Pilsudski gilt den Litauern als willkommene Gelegenheit, Wilna, die alte litauische Stadt, wieder an sich zu bringen.

Großbritannien.

Vertreter der streikenden britischen Kohlengräber wiesen die Vorschläge der Regierung zur Beilegung des Streiks zurück. 150 Delegierte beteiligten sich an der Zusammenkunft. Nach Anhörung des Berichts verwarfen die Delegierten die Vorschläge der Regierung.

Indien.

Bei Tumulten zwischen Hindus und Moslems in Kharagpur wurden fünf getötet und 21 verwundet. Als unzufriedene Arbeiter einer englisch-indischen Fabrik den Torhüter mit Steinen angriffen, wurde die Polizei gerufen. Die Polizei ist der Lage gewachsen und bewacht das gestörte Gebiet.

Saargebiet.

Die fortschreitende Entwertung der französischen Währung ruft in den Wirtschaftskreisen des Saargebietes große Besorgnisse hervor. Die Wirkung dieser Entwertung nimmt hier viel schärfere Formen an als im Innern Frankreichs. Da hier Kredite nur auf wertbeständiger Grundlage der Wirtschaft zur Verfügung stehen, muß die Teuerung mit der Verterniedrigung des Franken schnelleren Schritt halten, als es in Frankreich der Fall ist. Man kann hier auch beobachten, wie sich der Handel in der letzten Zeit bemüht, die der Kundschaft eingeräumten günstigen Zahlungsbedingungen einzuschränken und ausstehende Forderungen einzuziehen. Das Verlangen zur Rückkehr zu einer festen Währung findet seinen Ausdruck in einer Eingabe, die jetzt die Landtagsfraktion der Zentrumspartei an die Regierungskommission gerichtet hat. Darin wird auf das wiederholt gestellte Verlangen nach Schaffung fester Währungsverhältnisse im Saargebiet hingewiesen, dem die Regierungskommission bisher aber keine Beachtung geschenkt hat. Es wird ausgeführt, daß das andauernde Sinken des französischen Franken der Saarbevölkerung „schon so große Verluste gebracht habe, daß der bestehende Zustand nicht mehr erträglich sei". Die Fraktion verkenne durchaus nicht die Schwierigkeit einer Aenderung der gegenwärtigen Währungsverhältnisse, „die durch die gegen den Willen der Saarbevölkerung erfolgte Zolleingliederung des Saargebietes in das französische Zollgebiet noch vermehrt worden seien"; trotz dieser Schwierigkeiten müsse aber ein Weg gesucht werden, um die Saarbevölkerung vor weiteren Verlusten und Schwierigkeiten durch den Frankenfall zu schützen. Verlangt wird zu diesem Zweck die Bildung einer Studienkommission, die durch Sachverständige aus den Kreisen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu ergänzen wäre, um gemeinsam Mittel und Wege zu suchen, die eine weitere Schädigung des Saargebiets durch die fortschreitende Entwertung des französischen Franken vermeiden ließen.

Marokko.

Wie das spanische Kriegsamt mitteilt, ist das frühere Hauptquartier Abd-el-Krims, Tamasin, von den spanischen Truppen genommen worden. Der Führer der Riffkrieger hat unlängst sein Hauptquartier nach Setriff verlegt, einem Ort im Innern des Riffgebietes, das sehr schwer zu erreichen ist.

Infolge Uebergabe verschiedener Rifftämme haben die französischen Truppen weiteres feindliches Gebiet besetzen können. Von den Beni Ourighel haben sich 350 Familien ergeben. Man befürchtet, daß die Bemannung eines französischen Flugzeuges, das westlich von Souk el Erba nahe Taourit landete, gefangen genommen worden ist.

Die spanischen Truppen drangen in den Alhucemas- und Melilla-Abschnitten bei den jüngsten Kämpfen in Marokko tief in die Riffront. Allein die Stämme durchbrachen die spanischen Linien von Tetuan, dem Sitz des spanischen großen Hauptquartiers. Spanische Verstärkungen stellten die Lage wieder her und trieben die Eindringlinge mit schweren Verlusten zurück. Der Bericht gibt die Riffverluste mit 76 Gefallenen und 23 Gefangenen an.

Vom Völkerbund.

China hat im Studienausschuß der Liga zur Reorganisierung des Ligarates offiziell erklärt, daß es bereit sei, seinen Anspruch auf einen ständigen Sitz im Rate fallen zu lassen, vorausgesetzt, daß auch Brasilien, Polen und Spanien ihre ähnlichen Ansprüche aufgeben und daß die Zahl der ständigen Ratssitze abgesehen von dem, der Deutschland zugedacht ist, nicht erhöht werde. Der polnische Delegat gab sich mit diesem Antrag einverstanden und sagte, daß seine Regierung auf ihrer Forderung, einen ständigen Sitz im Ligarat eingeräumt zu erhalten, nicht länger bestehen wolle.

Der chinesische Delegat hielt eine glänzende Rede, die auf die Mitglieder des Ausschusses einen nachhaltigen Eindruck machte. Er warnte die Welt, daß China, mit einem Drittel der ganzen Bevölkerung der Erde innerhalb seiner Grenzen, sich rasch zu einer großen militärischen Macht entwickle, da die 1½ Millionen Soldaten, die jetzt gegeneinander kämpfen, heute wohl imstande wären, China gegen jeden ausländischen Angriff zu verteidigen. Er sagte: „Begehen Sie keinen Irrtum, China wird eines Tages die Welt überraschen. Geben Sie uns im Interesse des Weltfriedens Anerkennung als Großmacht, wie wir es sind, aber wenn Sie denken, das nicht tun zu können, wollen wir unsere Forderung zurückziehen, wenn die anderen dasselbe tun."

Ein Wink an Spanien und Brasilien, daß ihre Mandate als temporäre Mitglieder des Völkerbundrates noch eher, als man erwarten, erlöschen könnten, ist in einem in erster Lesung angenommenen Berichtsentwurf der Ligastudienkommission enthalten. Der Bericht empfiehlt die Erhöhung der nichtständigen Ratssitze von sechs auf neun und erklärt, daß diese neun sobald als möglich von der nächsten Ligaversammlung gewählt werden sollen. Es hieß, daß Brasilien seinen Anspruch auf einen ständigen Ratssitz zurückziehen werde, sollte Mittel- und Südamerika, wie die Kommission vorschlage, drei der vorgeschlagenen neun temporären Sitze erhalten.

Das Eisenbahnnetz der Erde

Nach einer soeben veröffentlichten Statistik hatte das Eisenbahnnetz der Erde Ende 1924 eine Gesamtlänge von 1,206,504 Kilometern, was ungefähr der dreißigfachen Länge des Aequators entspricht. Etwa ein Drittel aller Eisenbahnen befinden sich in den Vereinigten Staaten. Deutschland, das vor dem Kriege an zweiter Stelle stand, hat infolge der Gebietsverluste etwa ein Zehntel seines Schienenstranges verloren und steht heute an fünfter Stelle. Zwei außereuropäische Länder, Canada und Britisch-Indien, die vor fünfzehn Jahren noch hinter den meisten großen Ländern zurückstanden, haben heute mit ihren Eisenbahnnetzen die zweite und dritte Stelle eingenommen. Rußland folgt an vierter Stelle. Nahezu die Hälfte aller asiatischen Bahnen ist in Britisch-Indien erbaut. Es besitzen in Kilometern Schienenlänge: Ver. Staaten 425,000, Canada 64,000, Britisch-Indien 60,600, Rußland 58,200, Deutschland 58,041, Frankreich 49,700, England 38,000, Argentinien 35,300, Brasilien 29,400, Mexiko 25,300, Italien 20,000, Südafrika 18,600, Polen 18,400, Japan 13,000 und China 11,200. Die fünf Erdteile teilen sich in das Schienennetz folgendermaßen: Europa 361,000 Kilometer, Amerika 614,000, Asien 124,000, Afrika 60,000 und Australien 47,000.

Sehr bezeichnend für die weitere Entwicklung im allgemeinen und in Amerika im besonderen ist der Umstand, daß sich die Länge des Eisenbahnnetzes der Vereinigten Staaten inzwischen (von 1924 auf 1925) um 1700 Kilometer verringert hat. In erster Linie macht sich hierin die Konkurrenz der Personen- und Lastautomobile bemerkbar; aber auch das rasche Anwachsen des Flugverkehrs dürfte zu diesem interessanten Ergebnis beigetragen haben.

— Das Leben schuldet uns nichts wie die Zinsen für gute Taten, welche wir ihm täglich geben.